

Daniela Kolbe

- (A) Was ist mit Personen, die zwischen dem 9. November 1989 und dem 18. Mai 1990 in die BRD übergesiedelt bzw. geflohen sind?

Zudem stellt sich die Frage, wie hoch die Leistungen sein sollen; denn das Fremdrentenrecht wurde zwischenzeitlich geändert. Dieses Gesetz gibt es ja noch. Es regelt zum Beispiel die Leistungen für Aussiedler und Aussiedlerinnen aus Russland und anderen Ländern, die auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Diese Menschen erhalten mittlerweile nur noch 60 Prozent der Tabellenwerte des Fremdrentengesetzes. Würde das Fremdrentengesetz jetzt für die DDR-Übersiedler zum Teil wieder eingeführt werden, dann sollten diese wahrscheinlich 100 Prozent der Tabellenwerte erhalten. 60 Prozent würden jedenfalls keinen Sinn machen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil sie dieses Versprechen bekommen haben, 100 Prozent zu kriegen! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Die Aussiedler haben doch nie dieses Versprechen bekommen: 100 Prozent!)

Dann wiederum haben wir eine gefühlte und reale Ungleichbehandlung gegenüber den Aussiedlerinnen und Aussiedlern etwa aus Russland. Klagen vor den Sozialgerichten wären programmiert.

Eine weitere Ungerechtigkeit einer entsprechenden Neuregelung läge auch im Verdienstniveau des Fremdrentenrechts begründet. Dieses benachteiligt – da sind wir uns, glaube ich, einig – Frauen, die ja in den neuen Bundesländern ähnlich viel verdient haben wie Männer. Nach Fremdrentenrecht gibt es, wie gesagt, unterschiedliche Tabellen; da wurde geschaut, wie viel in der BRD verdient wurde, und da haben die Frauen deutlich weniger verdient als die Männer. Das heißt, dass eine solche Günstigerprüfung vorrangig Männern zugutekommt. Das mag womöglich eine Nebensächlichkeitsache sein, aber mir bereitet das durchaus Bauchgrummeln.

- (B) Eine weitere Ungerechtigkeit einer entsprechenden Neuregelung läge auch im Verdienstniveau des Fremdrentenrechts begründet. Dieses benachteiligt – da sind wir uns, glaube ich, einig – Frauen, die ja in den neuen Bundesländern ähnlich viel verdient haben wie Männer. Nach Fremdrentenrecht gibt es, wie gesagt, unterschiedliche Tabellen; da wurde geschaut, wie viel in der BRD verdient wurde, und da haben die Frauen deutlich weniger verdient als die Männer. Das heißt, dass eine solche Günstigerprüfung vorrangig Männern zugutekommt. Das mag womöglich eine Nebensächlichkeitsache sein, aber mir bereitet das durchaus Bauchgrummeln.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Es kann auch Frauen zugutekommen! Durchaus!)

Von der Günstigerprüfung würden also vor allen Dingen Männer profitieren – und das bei gleichem Schicksal.

Schicksal ist für mich auch in anderer Hinsicht noch ein gutes Stichwort. Es gab wirklich schwere Schicksale von Menschen, die aus der DDR ausgereist sind, geflohen sind oder ausgebürgert worden sind. Vor denen werde ich persönlich ganz still, und diese Schicksale berühren mich auch sehr. Ich kenne aber auch einige kritische Stimmen von Menschen, die in der DDR geblieben sind, die zum Teil Haft und Berufsverbot in Kauf genommen haben und für die es ebenfalls logischerweise keine Günstigerprüfung gibt und die heute zum Teil massive Nachteile bei ihren Renten spüren, die sie aufgrund ihrer Widerständigkeit ertragen müssen. Dieses DDR-Unrecht ist heftig. Ich habe das Gefühl, dass wir es nicht adäquat und gerecht im Rentenrecht lösen können. Wenn wir das heute ändern, dann organisieren wir neue Ungerechtigkeiten.

Ich würde das Problem gerne lösen, ganz offen gesprochen. Ehrlich gesagt, ich würde ganz gerne diesen Beschluss aus dem Jahr 1992 rückgängig machen. (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Der war 1993!)

– Es gibt hier unterschiedliche Auffassungen, wann das Gesetz geändert worden ist. Das sollten wir uns noch einmal anschauen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: 24. Juni 1993! Bundesgesetzblatt!)

Wir haben aus den genannten Gründen von unserem Vorschlag Abstand genommen. Es ist auch ein spannender Prozess in der Demokratie, dass eine Partei einen Vorschlag testet, diskutiert und bei dem konkreten Versuch, ihn umzusetzen, feststellt, dass er vielleicht gut gedacht war, aber schwer umzusetzen ist.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Machen Sie einen Alternativvorschlag!)

Wir sehen aber auch die Ungerechtigkeiten, die bei der Rentenüberleitung passiert sind, und bleiben da weiter dran.

Unser Vorschlag der Errichtung eines Härtefallfonds hat bisher allen Debatten standgehalten, wir haben ihn nur nicht in den Koalitionsvertrag gepackt. Aber bei den nächsten Koalitionsverhandlungen bekommen wir auch diesen Punkt in den Koalitionsvertrag, und der wird dann realisiert.

(Karl Schiewerling [CDU/CSU]: Da bin ich aber mal gespannt!) (D)

Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Der Kollege Peter Weiß hat für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer es, oft unter Gefahr für Leib und Leben und trotz Schikanierung durch die DDR-Behörden, geschafft hatte, in den Westen überzukommen, für den mussten wir irgendeine Regelung finden, damit er im Alter nicht verhungert. Deswegen hat man etwas angewandt, was wir im deutschen Recht haben, nämlich das sogenannte **Fremdrentenrecht**. Da werden fiktiv Rentenpunkte gutgeschrieben, die aber nicht durch reale Arbeit, die man dafür geleistet hat, unterlegt sind. Man hat sozusagen kopiert, wie es beschrieben worden ist, und die Punkte gutgeschrieben, die jemand erworben hätte, wenn er von Anfang an im Westen gearbeitet hätte. Das musste man auch deswegen tun, weil man keinen Zugriff auf das **DDR-Rentensystem hatte**.

Jetzt kommt die Wiedervereinigung, Gott sei Dank. Der Staat, vor dem die Menschen geflohen sind, dieser Unrechtsstaat DDR geht unter. Nun haben wir die Mög-

Peter Weiß (Emmendingen)

- (A) lichkeit, ein **gesamtdeutsches Rentenrecht** zu schaffen. Deswegen war es eigentlich auch **logisch**, dass man jetzt die Rentenansprüche, die jemand zuvor in den neuen Bundesländern erworben hatte, also die **frühere Rentenbiografie**, zur **Grundlage der Rentenberechnung** machte. Das ist erst einmal nicht unlogisch.

Das bedeutet dann aber natürlich nicht, dass diese Menschen wieder zu **DDR-Bürgern** gemacht werden. Es gibt selbstverständlich einen **Unterschied**. **Diese Mitbürgerinnen und Mitbürger leben bei uns im Westen**, in den westlichen Bundesländern. Deswegen wird auf deren Rentenbiografie der **Westrentenwert angewandt und nicht der Ostrentenwert**. Das heißt, es gibt einen **klaren Unterschied** zwischen denjenigen, die in der DDR geblieben sind und **heute in den neuen Bundesländern wohnen**, und denjenigen, **die in den Westen geflohen sind** und deren Rentenberechnung nach **Westentgeltpunkten** erfolgt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Bis zu 600 Euro weniger! Das meinen Sie doch jetzt nicht ernst!)

Es gibt also keine Gleichmacherei, sondern nach wie vor einen klaren Unterschied.

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Bis zu 600 Euro weniger Rente! – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Verehrte Kolleginnen und Kollegen, da mich persönlich und sicherlich jeden hier die Schicksale der Betroffenen anrühren und wir einen großen Respekt vor denjenigen haben, die alles darangesetzt haben, dem DDR-System zu entfliehen, und dafür große Entsayungen auf sich genommen haben, haben wir über mittlerweile zehn Jahre im Petitionsausschuss die entsprechenden Petitionen immer wieder beraten, um herauszufinden: **Was könnte eine gerechte Lösung sein?** Der Petitionsausschuss hat die damit einhergehenden Verfahren endgültig beschieden. Am 2. Juli 2015 haben wir im Deutschen Bundestag diese Petitionen abschließend beraten und festgestellt: **Wir sehen keinen Weg, etwas zu ändern.**

Frau Kollegin Kolbe hat nun vorgetragen, warum der Antrag der SPD aus der vergangenen Legislaturperiode, in dem eine entsprechende Änderung vorgeschlagen worden ist, von den Sozialdemokraten heute nicht mehr mitgetragen wird. Verehrte Frau Kollegin Daniela Kolbe, Sie haben all die Argumente, die ich in der letzten Legislaturperiode vorgetragen habe, mustergültig wiederholt. Glückwunsch dazu!

Verehrter Herr Kollege Kurth, falls die Grünen jemals wieder an einer Bundesregierung beteiligt sein sollten und eventuell auch noch das Arbeits- und Sozialministerium übernehmen sollten,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das nehmen wir dann! – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin dann bereit, ja!)

befürchte ich, dass es Ihnen genauso geht wie den Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten: (C)

(Beifall des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

dass Sie nämlich nach genauem Studium den Antrag, den Sie heute einbringen, ebenfalls nicht mehr aufrechterhalten würden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Weiß, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder eine Zwischenbemerkung des Kollegen Strengmann-Kuhn?

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU):

Ja, selbstverständlich.

Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Weiß, ich war in der letzten Legislaturperiode Berichterstatter im Petitionsausschuss für diese Petition. Wir haben uns damals sehr intensiv mit dieser Angelegenheit auseinandergesetzt. Der Kollege Birkwald hat es eben schon gesagt: Damals waren wir alle uns im Petitionsausschuss – von der FDP über den CSU-Berichterstatter bis hin zur Linken – politisch einig, und wir haben nach Lösungen gesucht.

Ich kann mich an eine Sitzung der Berichterstatter erinnern, in der die im Ministerium Zuständigen anwesend waren. Etwa eine halbe Stunde lang – es hat also ein bisschen gedauert; der Kollege Birkwald nickt; er kann sich daran erinnern, denn er war dabei – wurden die von Ihnen und der Kollegin Kolbe genannten Argumente geäußert. Wir haben danach gesucht, ob es Lösungsmöglichkeiten gibt, und dann sind wir auch darauf gestoßen. (D)

Wenn Sie Bedenken gegen unseren Antrag haben – wir halten Ihre Argumente nicht für überzeugend – und unseren Vorschlag nicht richtig finden, dann suchen Sie bitte nach neuen Wegen.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Haben wir doch gemacht! – Gegenruf der Abg. Corinna Rüffer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und das ist nicht lösbar?)

Wenn der politische Wille da ist, dann findet sich auch ein Weg. Wer will, findet Wege; wer nicht will, findet Gründe. Nach diesem Motto bestreiten Sie hier diese Debatte.

Wir hatten in der letzten Legislaturperiode ein anderes Problem, bei dem es einen ganz ähnlichen Mechanismus gab.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ghetorenten!)

Auch da waren sich die Parlamentarier einig, während Mitarbeiter des Ministeriums immer wieder gesagt haben: Geht nicht, geht nicht. – Das ist zwar nicht von den beteiligten Gruppen, aber vom Prozess her vergleichbar.